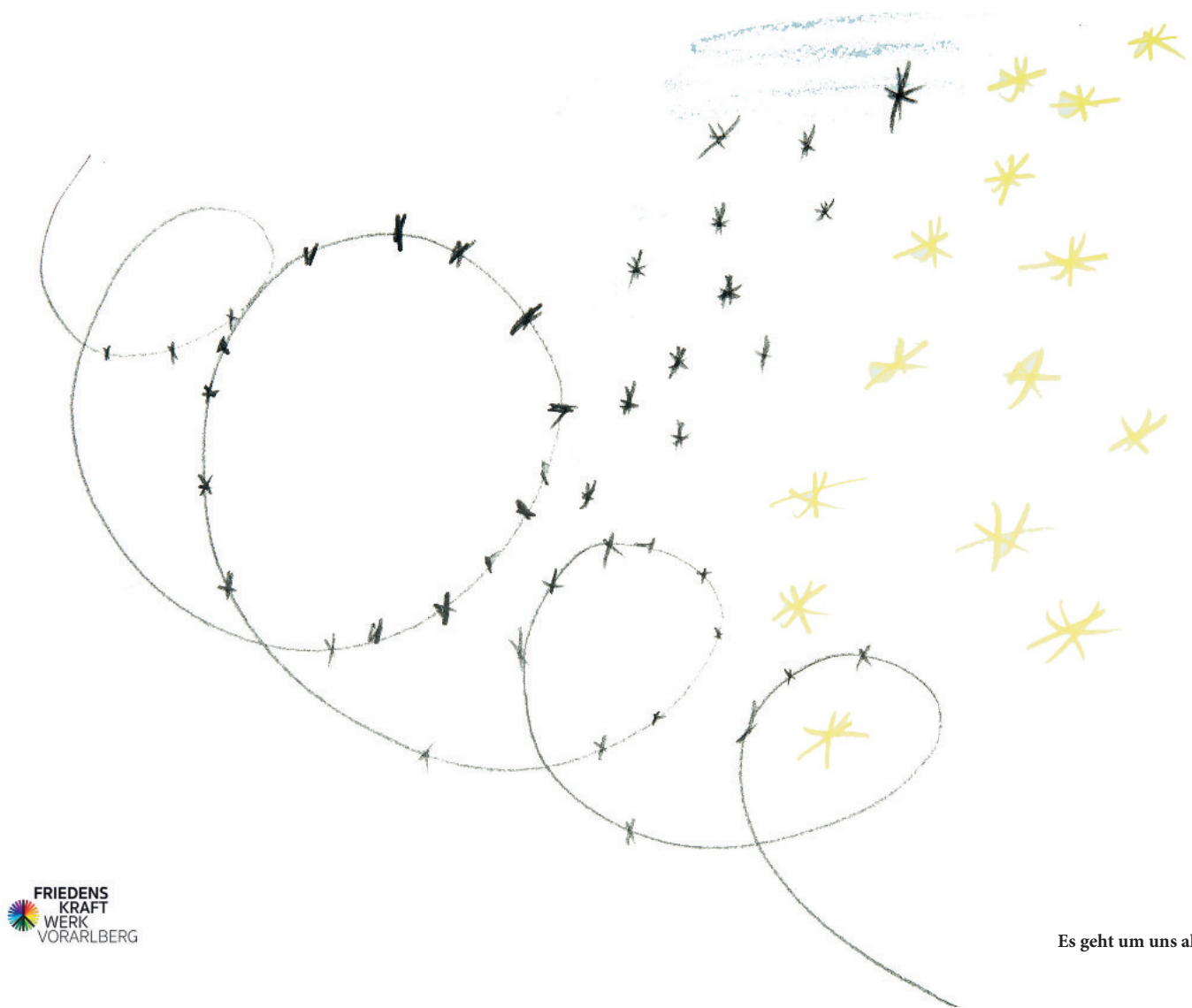


ES GEHT UM UNS ALLE

Migration als Herausforderung und Chance für den Frieden

Das Friedenskraftwerk Vorarlberg setzt sich aus Menschen zusammen, die Frieden bedenken und Frieden bewirken wollen. Von den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen rund um das Thema Asyl, Migration und Interkulturalität beeindruckt wollen wir mit diesem Statement Wege des Miteinanders aufzeigen, also Wege, die einer Grundhaltung der Empathie, Solidarität und konfliktfähiger Gemeinschaftlichkeit entsprechen. Wir laden alle Initiativen, Organisationen und Personen, die diesen Weg mit uns gehen wollen, ein, mit der Unterstützung dieses Statements ein Zeichen zu setzen.

Wenn wir versuchen, den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen rund um die Themen Asyl, Migration und Interkulturalität auf den Grund zu gehen, wird deutlich, dass die Freiheit in Gemeinschaft anders sein zu dürfen uns allen ein Anliegen sein muss. Es ist unsere Aufgabe, unsere Gesellschaft auch im Sinne zukünftiger Generationen so zu gestalten, dass diese Freiheit aktiv gelebt und einander gegeben werden kann. Für einen nachhaltigen Weg dahin gilt es gemeinsam auf ein größeres „Wir“ zuzugehen, denn Frieden kann nur ein Prozess sein, in dem Grenzen hinterfragt und Verbindung ermöglicht werden. Es geht in den aktuellen Herausforderungen nicht um „uns“ oder „die Anderen“. Es geht um uns alle. Doch wie können wir diesen Weg begehen? Einerseits sind es lebendige Konfliktkulturen, die wir schon als Kind erlernen können, die ein wachsendes Miteinander ermöglichen. Andererseits gibt es bereits richtungweisende Initiativen, in denen die Chancen der Zuwanderung umgesetzt werden. Das Vertrauen in gemeinsame Wege erfordert eine gemeinsame Perspektive, sowohl auf institutioneller Ebene, als auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Mit diesem Statement möchten wir einen Impuls für den Dialog über gemeinsame Perspektiven setzen.



Die Freiheit in Gemeinschaft anders sein zu dürfen ist uns allen ein Anliegen

Im Zusammenhang mit der so genannten Flüchtlingskrise wird im öffentlichen Raum derzeit immer wieder von einer Bedrohung unserer persönlichen und wirtschaftlichen Sicherheit gesprochen. Unter der Oberfläche dieses Bedrohungsszenarios liegt tatsächlich vielmehr eine politische, ökologische und wirtschaftliche Krise, in der sich alles um eines dreht: den menschlichen und ökologischen Zusammenhalt. Es stellt sich die Frage, womit wir uns wirklich identifizieren? Mit nationaler, wirtschaftlicher, kultureller und religiöser Einheit – oder aber mit einer Gemeinschaft in Vielfalt.

Dieser Konflikt spielt sich nicht nur um uns, sondern auch in uns ab. Er macht Angst, denn er bedroht etwas, das uns allen wichtig ist: ein Gefühl des Miteinanders in Zusammenhalt, in dem wir die Lebensgrundlagen miteinander teilen, auch wenn wir anders sind. Wir alle brauchen diese Freiheit in Gemeinschaft anders sein zu dürfen, also in Widerspruch stehen zu dürfen und trotzdem das Recht auf Leben gewahrt zu wissen. Diese Freiheit ist ein fundamentales Bedürfnis, ohne das wir uns schwerlich sicher und in Frieden fühlen können. Wir alle wollen in einer Gesellschaft leben, die durch vielfältige Meinungen, Ideen, Haltungen, Bedürfnisse und Lebensweisen bewegt und inspiriert wird.

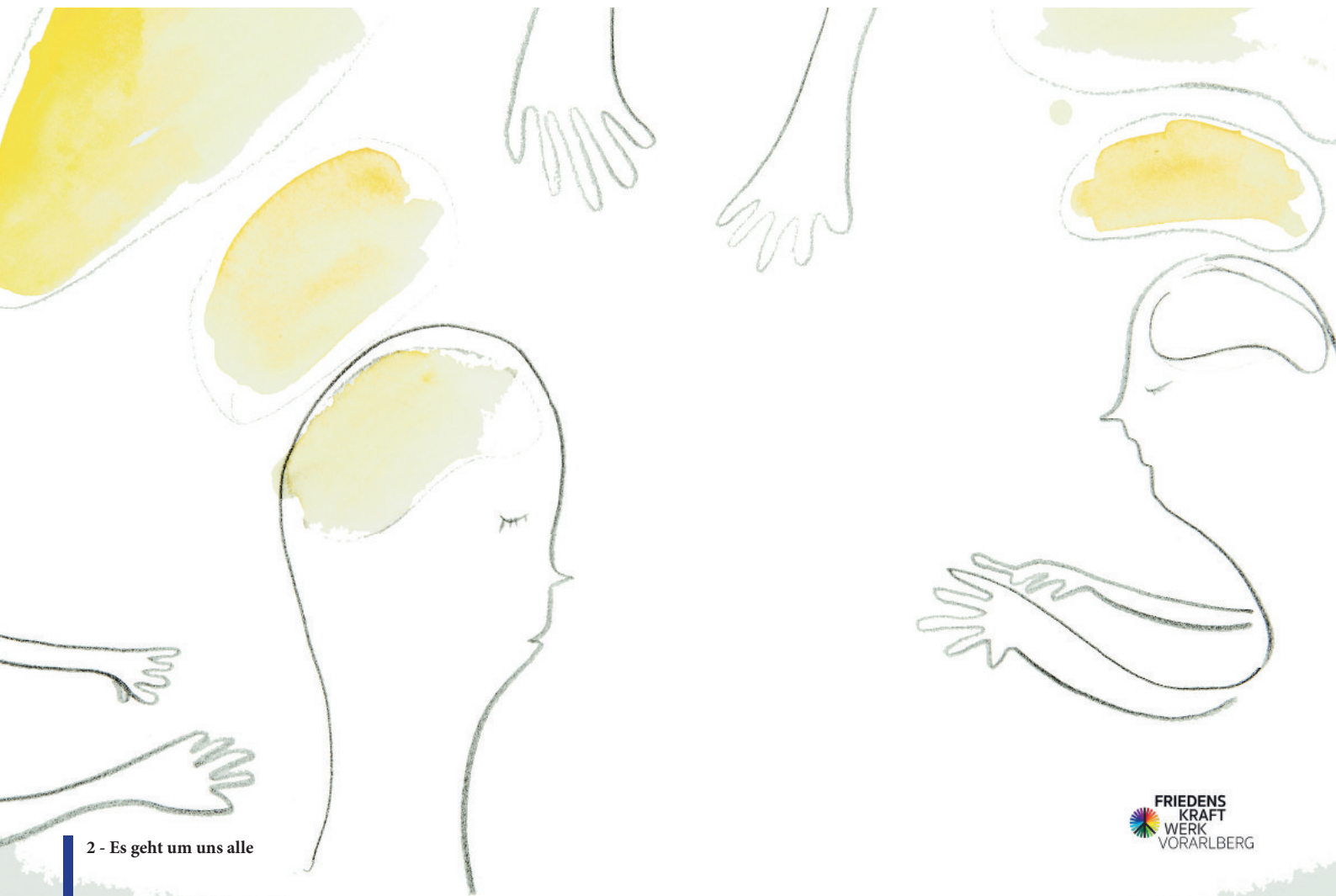
Den Freiraum zur Andersartigkeit versuchen auch die Menschenrechte zu schützen. So stellt zum Beispiel das Recht auf Asyl einen Notausgang aus Systemen dar, welche das Recht auf (Über-)leben und auf Andersartigkeit nicht gewähren. Doch auch Religionsfreiheit, Gewaltentrennung, Rechtsstaatlichkeit und das Verbotsgesetz (zur Verhinderung von Wiederbetätigung) dienen der Wahrung der Vielfalt und dem Schutz vor gewaltsamer Gleichmacherei. Diesen Freiraum kann uns allerdings kein Gesetz allein gewähren, er hängt

von uns allen ab. Er hängt davon ab, wie wir mit Andersartigkeit umgehen. Der Schutz dieses Freiraums wiederum ist gebunden an die gemeinsamen Träume, Visionen und Werte, die wir in der Welt und im öffentlichen Raum entwickeln. Wenn wir auf ein Miteinander zugehen, in dem wir die Konflikte des Andersseins friedlich austragen, so pflegen und schützen wir diesen Freiraum. Diese erlauben uns, starre Grenzen, die Andersartigkeit ausschließen und bestrafen, zu überdenken.

Es geht darum, die Gesellschaft auch im Sinne zukünftiger Generationen zu gestalten

Momentan scheint es kaum Einigkeit darüber zu geben, was unsere gemeinsamen Träume, Visionen und Werte sind. Wenn von unseren Werten die Rede ist, dann meist in Abgrenzung zu den anscheinend unterentwickelten Werten „der Anderen“. Ausgrenzung, Schuldzuweisung und Angstmache werden benutzt, um eine Identität zu stärken, die auf der angeblichen Bedrohung durch das Andere fußt. Wenn wir aber Solidarität auch mit Minderheiten, Notleidenden und mit Andersdenkenden vertreten und wahren wollen, dann müssen wir auch nach diesen Werten handeln. Tun wir das nicht, aus Angst vor Andersartigkeit und der Bedrohung durch ebendiese, fördern wir genau das Gegenteil. Natürlich bringt die Offenheit immer ein Risiko mit sich, denn eine Beziehung auf Augenhöhe beinhaltet Verletzlichkeit, Innovation und Beweglichkeit. Doch Stillstand ist keine Alternative. Mensch zu sein bedeutet auch in Gemeinschaft und in Bewegung zu sein, an die eigenen Grenzen zu kommen und den Reichtum des Lebens immer wieder neu zu entdecken.

Um Wege zu finden, die momentanen Herausforderungen politisch, gesellschaftlich und individuell auf Grundlage gemeinsa-



mer Werte zu meistern – mit all den unvermeidlichen Konflikten des Lebens – braucht es demokratische Prozesse und Dialog. Die öffentliche Debatte ist aktuell geprägt von einer lähmenden Angst, welche eine übereilte Ausgrenzung begünstigt – mit langfristigen Konsequenzen. Es ist wichtig, diese Angst zu erkennen und ihr aktiv zu begegnen. Unterschiedlichste Vereine, Institutionen, Unternehmen, Initiativen und Einzelpersonen regen daher Dialoge zu den aktuellen Herausforderungen und Möglichkeiten in unserer Gesellschaft an.

Bei der Anregung zu Dialog in der Debatte über Migration und Identität geht es nicht nur um Gerechtigkeit und Solidarität. Es geht nicht nur um die Frage, wer tatsächlich schutzbedürftig oder gesellschaftlich kompatibel ist, sondern es geht vielmehr darum, welchen Rahmen wir auch für die Entfaltung zukünftiger Generationen spannen. Es geht um uns alle. Wir teilen uns alle ein Leben auf derselben Erde. Wollen wir dafür sorgen, dass Menschen nicht in Massen flüchten müssen, gilt es Verantwortung für unsere persönliche, politische und wirtschaftliche Lebensweise zu übernehmen. In der Wahrnehmung dieser Verbundenheit aller wollen wir keine überhasteten Maßnahmen, die uns letztendlich allen schaden. Wir wollen nachhaltige Wege für eine gemeinsame Zukunft in Vielfalt, welche im Kontakt mit uns selbst und mit den Menschen um uns entstehen kann. Solche Wege wollen wir hier im Folgenden aufzeigen. Gleichzeitig möchten wir über diese Worte in einen Dialog treten. Dieser Dialog beinhaltet grundlegende Fragen: Wie wollen wir leben? In welcher Art von Gemeinschaft wollen wir leben? Wie wollen wir, dass auch unsere Kinder leben können?

Wir können gemeinsam Wege zu einem größeren „Wir“ beschreiten

Lebendige Konfliktkulturen ermöglichen ein wachsendes Miteinander. Grenzen und Gesetze können eine Möglichkeit zur Konfliktregelung darstellen. Sind diese Grenzen aber zu starr gesteckt, verhindern sie anstehende Veränderungen, sie blockieren den Ausgleich von Machtverhältnissen und die Integration. Um die Herausforderungen der Zeit zu meistern, braucht es weniger Grenzen und mehr lebendige Konfliktkulturen, welche offene Begegnung, Vertrauen und Bewegung ermöglichen. Es ist nötig, Räume für diesen Prozess zu öffnen, wie beispielsweise bei spielerischen Übungen im Kindergarten, im gemeinsamen Ethikunterricht an Schulen oder an eigens geschaffenen niederschweligen Begegnungsorten in Gemeinden, wie dies in Vorarlberg beispielsweise mit KonTaktChor, Tankstelle, ProKonTra und anderen Initiativen bereits geschieht.

Lebendige Konfliktkulturen begründen sich auf Vielfalt und der Erfahrung von Verschiedenheit – im Guten wie im Schlechten. Um diese zu fördern, statt auf Wettbewerb zu den anderen setzen, brauchen wir horizontalere Bildungsräume, in denen Kinder jeglicher Herkunft voneinander lernen können, ihre eigenen

Potentiale und auch Grenzen erforschen können und Vertrauen in sich selbst und ineinander entwickeln können. Unsere Vielfalt und die Möglichkeiten Konflikte aktiv friedlich auszutragen sollten wir bereits im Kindesalter erleben können. Gesetze, starre Verhaltensregeln und Grenzen ohne eine Konfliktkultur werden schnell zu einem brüchigen Ersatz für die direkte Auseinandersetzung. Die direkte Auseinandersetzung miteinander ist aber ein soziales Grundbedürfnis und die Grundlage der Demokratie. Es ist diese Konfliktkultur und Vertrauensbasis, die uns als Individuen und als Gesellschaft die nötige Grundsicherheit gibt, um Entscheidungen in einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Weise zu fällen, statt die Symptome der Angst zu bekämpfen.

„Vertrauen ist die stillste Art von Mut“

QUELLE UNBEKANNT

Es gibt richtungsweisende Initiativen, in denen die Chancen der Zuwanderung umgesetzt werden. In einer lebendigen Konfliktkultur können wir langfristig gesehen den Konflikt als Möglichkeit zur Vertrauensbildung und zur Transformation erkennen. Konflikt gehört zum Frieden dazu. Wenn wir hinter die Symptome der momentanen Krise rundum das Thema Flucht und Interkulturalität blicken, können wir ganz bemerkenswerte Chancen für uns alle erkennen.

Etwa in Form von gemeinschaftlichen regionalen Bewegungen werden diese Möglichkeiten des für alle bereichernden Zusammenlebens mit Geflüchteten bereits genutzt. Als Beispiele aus der Region Vorarlberg sind die Initiativen „Wir brauchen diese Kinder“ in Schruns oder „Wir sind aktiv“ in Alberschwende zu nennen. Von solchen Initiativen profitieren alle Beteiligten. Gemeinden, die mit sinkenden Geburtenraten, älter werdender Bevölkerung und Abwanderung konfrontiert sind, werden belebt. Zugezogene erfüllen bei diesen Initiativen beispielsweise wichtige Aufgaben im Gemeinwesen. Menschen werden durch den Kontakt mit verschiedenen Kulturen außerdem inspiriert und herausgefordert. Und im besten Fall können sie die Begegnung mit den Erfahrungen und Weisheiten der Zugezogenen als echtes Geschenk wahrnehmen.

Gleichzeitig gibt es auch auf europäischer Ebene vielversprechende Ansätze, die Entscheidung um die Aufnahme von Geflüchteten zu dezentralisieren. So hat beispielsweise Gesine Schwan von den deutschen Sozialdemokraten die Idee formuliert, dass Gemeinden, die sich aufgrund der sozialen Verantwortung und dem Bedarf nach jungem Zuwachs Zuwanderung wünschen, dabei unterstützt werden sollen, Flüchtlingen die Chance für einen Neuanfang zu geben. Dies gäbe allen Beteiligten, den europäischen Staaten am

„Vielleicht ist es wichtiger einander zu vertrauen als einander zu verstehen.“

MARIANNE GRONEMEYER

Mittelmeer, den staatlichen Behörden, den Geflüchteten und den Menschen in den aussterbenden Gemeinden mehr Handlungsspielraum und eine sozial und wirtschaftlich nachhaltige Perspektive. Hier geht es etwa um die steigenden Kosten des Erhalts des Pensionssystems, um die Erhaltung ländlicher Infrastruktur und Kultur sowie um Pflegekräftebedarf. Wenn wir die Chancen der Migration und die tatsächlichen sozialen und finanziellen Kosten der aktuellen Sicherheitspolitik ernst nehmen, ergeben solche Wege aus lokaler, regionaler, nationaler und globaler Sicht Sinn.

Friede ist ein grenzüberschreitender Prozess. Wenn wir Wege der nachhaltigen Solidarität thematisieren und beleben wollen, können wir auch aktuelle Fluchtursachen nicht außen vor lassen. Hier treten einerseits lokale Missstände zutage, aber genauso zeichnen sich bei einem genaueren Blick die global sehr ungleichen Machtverhältnisse ab, die sich seit der Kolonialzeit teilweise nur oberflächlich geändert haben. Sozial und ökologisch ausbeuterische Wirtschaftsweisen werden teilweise in internationalen Handelsverträgen und der Verteilung von Besitz gefestigt und immer wieder auch durch staatliche Waffengewalt verteidigt. Auch Waffenexporte stehen ganz im Zeichen des Krieges, der Entmündigung, der Unsicherheit und Vertreibung. Dass sich etwa in Deutschland die Waffenexporte 2015 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt haben und auch die Waffenindustrie im Bodenseeraum blüht, zeigt auf, wie sehr auch unsere lokalen Gemeinschaften in gewaltsame Konflikte auf der ganzen Welt involviert sind. Nicht alle, aber viele Fluchtursachen stehen in einer direkten Verbindung zu einer Kultur des permanenten Wachstums, zu hohem Ressourcenverbrauch und Klimawandel sowie zu einer globalen Konsumgesellschaft, in der Waffen schlicht ein Konsumgut sind.

Eine Verschärfung des Asylrechts ohne eine reale Transformation der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verfestigt diese Strukturen weiter. Wenn sich diese globalen Verhältnisse verändern, können Menschen auch in ihrer Heimat menschliche Lebensbedingungen vorfinden und Konfliktkulturen pflegen. Dazu können wir beitragen, indem wir unser politisches und wirtschaftliches Tun immer mehr an die langfristigen Wirkungen für Mensch und Natur ausrichten.

Wir wollen zu langfristigen Perspektiven beitragen, in denen sich die globale Ungleichheit ausgleichen kann. Wir wollen darauf

hinarbeiten, dass langfristig gesehen eine Verschiebung der Grenzen hin zu mehr „Wir“ möglich wird. Innerhalb dieses „Wir“ muss es auch innere Grenzen gegenüber totalitären Ansprüchen geben, ohne dass dabei alle „Anderen“ unter Generalverdacht gestellt werden.

Die Balance zwischen Offenheit und Grenzziehung ist eine spannende Herausforderung, die uns auf die eine oder andere Art täglich im Leben begegnet. Viele von uns sind bereit, ihre Rolle im weltweiten Gefüge und die globalen Auswirkungen ihres Handelns wahrzunehmen. Vor diesem Hintergrund wird es für viele von uns leichter, mehr miteinander zu teilen und den aktuellen Herausforderungen mit Offenheit zu begegnen. Wir wollen als friedliche Bewegung zu einem Umgang mit Grenzen beitragen, der auch zukünftigen Generationen Wege für ein Miteinander offenhält.

Gemeinsame Wege erfordern eine gemeinsame Perspektive

In diesem Statement werden einige Ideen und Wege für einen Übergang zu einem größeren „Wir“ aufgezeigt. Es gibt davon aber noch viele weitere. Unterstützt wurde dieses Statement bereits durch die Künstlerin Christine Lederer, die bildliche Zugänge zum Thema eröffnete. Alle Initiativen, Organisationen und Institutionen und Menschen, die solche und weitere Wege hin zu einem größeren „Wir“ unterstützen, gestalten und pflegen möchten, sind eingeladen, dieses Statement zu unterstützen, zu diskutieren und zu teilen. Wir veröffentlichen gerne die Logos von unterstützenden Initiativen auf www.friedenskraftwerk.at. Unsere Kontaktadresse ist info@friedenskraftwerk.at. Mit diesem Statement setzen wir miteinander ein Zeichen des Vertrauens in eine gemeinsame Zukunft.

